

18. Wahlperiode

Der Vorsitzende
des Ausschusses für Integration,
Arbeit und Soziales

mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen CDU, AfD und FDP

An Haupt

Beschlussempfehlung

des Ausschusses für Integration,
Arbeit und Soziales
vom 27. Mai 2021

zur

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/3631
**Gesetz zur Neuregelung der Partizipation im Land
Berlin**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/3631 – wird mit folgenden Änderungen angenommen:

1. Artikel 1 („Gesetz zur Förderung der Partizipation in der Migrationsgesellschaft des Landes Berlin (Partizipationsgesetz - PartMigG)“) wird wie folgt geändert:
 - a. In § 2 Absatz 5 Satz 1 wird nach dem Wort „religiöse“ ein Komma sowie das Wort „weltanschauliche“ eingefügt.
 - b. § 9 wird wie folgt geändert:
 - (1) In Absatz 1 Satz 2 werden nach dem Wortteil „Besoldungs-“ das Komma sowie das Wortteil „Vergütungs-“ gestrichen.
 - (2) In Absatz 3 Satz 2 werden nach dem Wortteil „Besoldungs-“ das Komma sowie das Wortteil „Vergütungs-“ gestrichen.
 - c. In der Überschrift von Abschnitt 4 wird nach dem Wort „Partizipation“ ein Komma eingefügt und das Wort „und“ gestrichen. Nach dem Wort „Integration“ werden die Worte „und Migration“ eingefügt.

- d. In der Überschrift von § 15 wird nach dem Wort „Partizipation“ ein Komma eingefügt und das Wort „und“ gestrichen. Nach dem Wort „Integration“ werden die Worte „und Migration“ eingefügt.
- e. § 15 wird wie folgt geändert:
 - (1) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach den Worten „Landesbeirates für Partizipation“ werden die Worte „und Integration“ gestrichen.
 - b) Nach den Worten „Beauftragten des Senats von Berlin für Partizipation“ werden ein Komma eingefügt und das Wort „und“ gestrichen sowie nach dem darauffolgenden Wort „Integration“ die Worte „und Migration“ eingefügt.
 - (2) In Absatz 3 Satz 1 werden nach dem Wort „Integration“ ein Komma sowie das Wort „Migration“ eingefügt.
 - (3) In Absatz 4 Nummer 1 werden nach den Worten „Landesbeirat für Partizipation“ die Worte „und Integration“ gestrichen.
 - (4) In Absatz 4 Nummer 4 werden nach dem Wort „Partizipation“ die Worte „und Integration“ gestrichen.
- f. In der Überschrift von § 17 werden nach dem Wort „Partizipation“ die Worte „und Integration“ gestrichen.
- g. § 17 wird wie folgt geändert:
 - (1) In Absatz 1 Satz 1 werden nach den Worten „Landesbeirat für Partizipation“ die Worte „und Integration“ sowie nach den Worten „Fragen der Partizipation“ das Wort „der“ gestrichen.
 - (2) In Absatz 2 Nummer 4 wird nach dem Wort „Partizipation“ ein Komma eingefügt und das Wort „und“ gestrichen. Nach dem Wort „Integration“ werden die Worte „und Migration“ eingefügt.
 - (3) Absatz 10 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 wird nach dem Wort „Partizipation“ ein Komma eingefügt und das Wort „und“ gestrichen. Nach dem Wort „Integration“ werden die Worte „und Migration“ eingefügt.
 - b) In Satz 2 wird nach dem Wort „Partizipation“ ein Komma eingefügt und das Wort „und“ gestrichen. Nach dem Wort „Integration“ werden die Worte „und Migration“ eingefügt.
- h. § 18 wird wie folgt geändert:
 - (1) Absatz 1 Satz 2 wird wie folgt gefasst: „Er umfasst Vertretungen der Romnja und Roma mit Migrationshintergrund und kann Vertretungen der deutschen Minderheit der Sinti und Roma umfassen.“
 - (2) In Absatz 3 Nummer 1 Satz 4 wird der Buchstabe a) gestrichen. Die Buchstaben b) und c) werden zu den Buchstaben a) und b).
 - (3) In Absatz 3 Nummer 5 wird nach dem Wort „Partizipation“ ein Komma eingefügt und das Wort „und“ gestrichen. Nach dem Wort „Integration“ werden die Worte „und Migration“ eingefügt.
- i. § 19 wird wie folgt geändert:
 - (1) In Absatz 1 Satz 3 werden nach dem Wort „kann“ die Worte „nach Maßgabe des § 9 Absatz 4 des Bezirksverwaltungsgesetzes“ eingefügt.

- (2) In Absatz 1 wird nach Satz 3 folgender Satz 4 neu eingefügt: „Die Bezirksbeiräte suchen den regelmäßigen Austausch untereinander sowie mit dem Landesbeirat.“
 - (3) In Absatz 3 wird nach dem Wort „Bezirksamtsmitglied“ das Wort „und“ durch das Wort „oder“ ersetzt.
 - j. § 21 wird wie folgt geändert:
 - (1) In Absatz 1 Satz 1 wird nach dem Wort „Partizipation“ ein Komma eingefügt und das Wort „und“ gestrichen. Nach dem Wort „Integration“ werden die Worte „und Migration“ eingefügt.
 - (2) In Absatz 3 Nummer 1 wird nach dem Wort „Partizipation“ ein Komma eingefügt und das Wort „und“ gestrichen. Nach dem Wort „Integration“ werden die Worte „und Migration“ eingefügt.
 - (3) In Absatz 3 Nummer 2 wird nach dem Wort „Partizipation“ ein Komma eingefügt und das Wort „und“ gestrichen. Nach dem Wort „Integration“ werden die Worte „und Migration“ eingefügt.
 - k. In § 23 Absatz 1 wird nach dem Wort „Partizipation“ ein Komma eingefügt und das Wort „und“ gestrichen. Nach dem Wort „Integration“ werden die Worte „und Migration“ eingefügt.
2. Artikel 2 („Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes“) wird wie folgt geändert:
- a. In Nummer 3 zu § 21 Absatz 1 Bezirksverwaltungsgesetz werden folgende Änderungen vorgenommen:
 - (1) In Satz 2 werden die Worte „sich bewerbende Personen“ durch die Worte „Bewerberinnen und Bewerber“ ersetzt.
 - (2) In Satz 4 wird das Wort „Stellvertretungen“ durch die Worte „Stellvertreterinnen und Stellvertreter“ ersetzt.
 - (3) Satz 5 wird wie folgt gefasst: Scheidet eine Bürgerdeputierte oder ein Bürgerdeputierter aus, so tritt an ihre oder seine Stelle die nächste Stellvertreterin oder der nächste Stellvertreter.
 - (4) In Satz 6 wird das Wort „Unterzeichnenden“ durch die Worte „Unterzeichnerinnen und Unterzeichner“ ersetzt.
 - b. In Nummer 4 zu § 32 Bezirksverwaltungsgesetz wird folgende Änderung vorgenommen: In § 32 Absatz 1 Satz 2 Bezirksverwaltungsgesetz wird das Wort „kann“ durch das Wort „soll“ ersetzt.
3. Artikel 3 („Änderung der Verordnung über die Einschränkung der Mitteilungspflicht der Ausländerbeauftragten“) wird wie folgt geändert:
- a. In Nummer 1 wird nach dem Wort „Partizipation“ ein Komma eingefügt und das Wort „und“ gestrichen. Nach dem Wort „Integration“ werden die Worte „und Migration“ eingefügt.
 - b. In Nummer 2 wird folgende Änderung vorgenommen: Nach dem Wort „Partizipation“ wird ein Komma eingefügt und das Wort „und“ gestrichen. Nach dem Wort „Integration“ werden die Worte „und Migration“ eingefügt.

4. Artikel 8 („Änderung des Jugendhilfe- und Jugendfördergesetzes“) wird wie folgt geändert:

Nummer 2 wird wie folgt gefasst: „In § 38 Absatz 3 Satz 2 Nummer 11 werden die Wörter „Integrations- und Migrationsfragen“ durch das Wort „Partizipation“ ersetzt.“

5. Artikel 9 („Änderung des Schulgesetzes“) wird wie folgt geändert:

- a. Nummer 2 wird wie folgt gefasst: „In § 113 Absatz 2 Satz 3 werden die Wörter „Integrations- und Migrationsfragen“ durch das Wort „Partizipation“ ersetzt.“
- b. Nummer 3 wird wie folgt gefasst: „In § 115 Absatz 4 Satz 3 werden die Wörter „Integrations- und Migrationsfragen“ durch das Wort „Partizipation“ ersetzt.“

6. Artikel 13 („Inkrafttreten, Außerkrafttreten“) wird wie folgt geändert:

- a. Die bisherigen Sätze 1 und 2 von Artikel 13 werden zu Absatz 1.
- b. Im (neuen) Absatz 1 Satz 1 werden nach den Worten „Dieses Gesetz tritt“ die Worte „vorbehaltlich der Absätze 2 und 3“ eingefügt.
- c. Nach Absatz 1 werden folgende Absätze 2 und 3 neu eingefügt:
„(2) Artikel 2 tritt zu Beginn der 19. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses in Kraft. Für den Integrationsausschuss der Bezirksverordnetenversammlungen der 18. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses ist das Partizipations- und Integrationsgesetz des Landes Berlin vom 15. Dezember 2010 (GVBl. S. 560) weiter anzuwenden.
(3) Artikel 8 tritt zu Beginn der 19. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses in Kraft. Für den Jugendhilfeausschuss der Bezirksverordnetenversammlungen sowie für den Landesjugendhilfeausschuss der 18. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses ist das Partizipations- und Integrationsgesetz des Landes Berlin vom 15. Dezember 2010 (GVBl. S. 560) nach Maßgabe von § 35 Absatz 3 sowie § 39 Absatz 1 Satz 3 AG KJHG weiter anzuwenden.“

Berlin, den 27. Mai 2021

Der Vorsitzende
des Ausschusses für Integration,
Arbeit und Soziales

Hakan Taş

mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen CDU, AfD und FDP
An Plen

**Hierzu:
Beschlussempfehlung**

des Hauptausschusses
vom 9. Juni 2021

zur

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 18/3631
**Gesetz zur Neuregelung der Partizipation im Land
Berlin**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/3631 – wird gemäß der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Integration, Arbeit und Soziales angenommen.

Berlin, den 9. Juni 2021

Die Vorsitzende
des Hauptausschusses

Franziska Becker